



09.05.2011

Ministerpräsident David McAllister unterzeichnet Solidaritätserklärung in Salzgitter

Über 1500 Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger kamen um 16:15 zum Rathaus in Salzgitter-Lebenstedt und begleiteten die Unterzeichnung der Solidaritätserklärung durch den niedersächsischen Ministerpräsidenten.

Im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze und des Alstom-Standortes in Salzgitter werden IG Metall und Alstom-Betriebsrat nun auch vom Niedersächsischen Ministerpräsident David McAllister unterstützt. Vor der Unterzeichnung der Solidaritätserklärung sprach der Ministerpräsident von einem beispielhaften Rückhalt für die betroffenen Beschäftigten. „Die gesamte Politik stehe hinter den Forderungen der Beschäftigten, denn das Verhalten der Manager in Paris ist nicht nachvollziehbar und völlig inakzeptabel“, so McAllister.

Gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten wurde die Solidaritätserklärung auch von Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Bernd Eberle, Alstom-Betriebsratsvorsitzender, Horst Ludewig, IG Metall-Bevollmächtigter in Salzgitter, sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, Frank Klingebiel unterzeichnet.

Damit unterstützen der Niedersächsische Ministerpräsident und die übrigen Unterzeichner den der Alstom-Geschäftsführung vorgelegten Sechs-Punkte-Katalog der IG Metall und des Betriebsrates. Dieser beinhaltet:

1. Keine Kündigungen im Kontext eines boomenden Marktes.
2. Keine Schließung des Stahlrohbaus.
3. Management muss Kostenoptimierung und Qualitätsoffensive auf den Weg bringen.
4. Nachhaltige Absicherung des Standortes durch Zuteilung von Aufträgen.
5. Zukunfts- und Beschäftigungssicherungstarifvertrag bis 2016.
6. Solidarität mit Alstom Power und anderen europäischen Alstom-Standorten.

Eine Historie der Auseinandersetzung finden sie unter: www.igmetall-salzgitter-peine.de

Die Unterstützungserklärung in kompletter Länge finden sie in der Anlage zu dieser Presseinformation. Ebenfalls in der Anlage finden Sie ein Foto (Quelle: IG Metall) der Unterzeichnung durch den Ministerpräsidenten.